

»Zwanzig Jahre ausgeplündert, ausgegrenzt, ausgespährt – Es reicht!«

Helmut Holfert, Mitglied des Beirates

Unter diesem Motto fand am 3. Oktober die traditionelle Protestveranstaltung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V. in Berlin statt.

In Reden und begleitenden Dokumenten wird festgestellt: Vor zwanzig Jahren gab sich die DDR auf, als sie mit der Bundesrepublik Deutschland einen Vertrag über die Herstellung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vereinbarte. Und wenig später wurde der Staat DDR Geschichte.

Das Volkseigentum wurde verscherbelt, die Wirtschaft zerschlagen, Millionen Menschen stahl man die Lebensleistung, sie verloren die Arbeit und wurden zu Bundesbürgern zweiter Klasse gemacht. Selbst die Renten wurden und werden beschneidet.

Ja, Innenstädte wurden saniert, die Infrastruktur verbessert. Aber was war der Preis?

Und so stellte Dr. Matthias Werner nur an Hand der Stadt Görlitz fest: Innenstadt wunderschön saniert, nicht voll vermietet, und die Region vergreist durch den anhaltenden Wegzug junger Menschen in Richtung Westen, der Arbeit hinterher.

Mehrere Probleme sind damit schlagartig sichtbar gemacht, die nicht nur diese Region sondern ganz Ostdeutschland betreffen. Auf grundsätzliche Defizite auch noch 20 Jahre nach dem Anschluss der DDR machten sowohl Prof. Siegfried Mechler, OKV-Präsident, als auch Max Renkl vom Freundeskreis Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals und nicht minder der Gymnasiast Moritz Hieronymi sehr deutlich aufmerksam. Wenn Mechler meint, dass, je länger der »Einigungsprozess« dauert, um so stärker die Tendenz einer feindlichen Übernahme durchschimmert, die am Anfang durch Bananen, Begrüßungsgeld und Reisefreiheit kaschiert wurde, so sprach es der Gymnasiast so an: »Viele Jugendliche, Kinder und junge Erwachsene beschäftigen sich immer weniger mit der Geschichte der DDR. Die öffentliche Lehrplandoktrin in Geschichte ist: Es gab in der DDR nur Täter, Opfer und Alltagsleben. Das All-

tagsleben stellt dar, wie Ihr Euch für Bananen anstellen müsstet.«

Alles konnte in den Ausführungen der Redner nicht benannt werden. Will man sich jedoch in diese Problematik weiter vertiefen, so sei der Sammelband gleichen Themas »Es reicht« wärmstens ans Herz gelegt.¹⁾

In der Veranstaltung wurde die von Repräsentanten der DDR unterzeichnete »Wortmeldung zum 20. Jahr der größer gewordenen Bundesrepublik mit dem schönen Untertitel ›Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt, lass uns dir zum Guten dienen, Deutschland einig Vaterland‹« durch die Schriftstellerin Gisela Steineckert verlesen. Darin heißt es u. a.:

»War das nicht der Ruf der aus der Emigration und den Konzentrationslagern zurückgekehrten Antifaschisten, der illegalen Kämpfer, der Kriegshinterbliebenen, der Opfer, aber auch der zur Besinnung gekommenen Mitläufer? ›Deutschland über alles‹ – inzwischen Albtraum der Geschichte. ›Lass uns dir zum Guten dienen‹ dagegen ein Versprechen, Deutschland zu einen und zu bessern. Als das in der DDR zur staatlichen Hymne wurde, war der Traum schon brüchig geworden zwischen Restauration im Westen und Bruch mit Krieg und Faschismus im Osten, zwischen Fütterung der alten Eliten dort und Mangel an allem hier, zwischen zwei Währungen, zwei Systemen, zwei Blöcken, zwei Staaten, zwei Idealen, zwei Entwürfen für die Zukunft.

Wer sich für die DDR engagierte, tat dies in der Überzeugung, dem Guten in Deutschland zu dienen, hat der jungen Republik viel von seiner Lebenskraft gegeben. Bausteine dieser Politik waren Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher, Bodenreform und Neulehrer, Arbeiter- und Bauernfakultäten, Volkseigentum, freie Gewerkschaften, gleiche Rechte für Jung und Alt, für Frauen und Männer ... «

Und weiter:

»Die DDR duldet keinen Neofaschismus und keinen Fremdenhass ... Die DDR ... führte nie einen Krieg. So lange sie existierte, ging von ganz

¹⁾ Zwanzig Jahre ausgeplündert, ausgegrenzt, ausgespährt – Es reicht

Klaus Blessing / Siegfried Mechler (Hrsg.)

Verlag am Park Berlin 2010

ISBN 978-3-89793-250-3 Preis: 9,95 Euro

²⁾ Vollst. Text vgl. <http://www.okv-ev.de> bzw. Neues Deutschland vom 2./3.10.10

Rechtsanwalt

Dr. Peter-Michael Diestel bei ISOR

Wolfgang Schmidt, Mitglied des Vorstandes

Im mit etwa 180 Teilnehmern gut gefüllten Münzenberg-Saal im ND-Gebäude in Berlin-Friedrichshain stellte sich Rechtsanwalt Dr. Peter Michael Diestel am 29. September 2010 fast 2 ½ Stunden lang Fragen zu seinem kürzlich erschienenen Buch »Diestel. Aus dem Leben eines Taugenichts?«¹⁾

eingeladen hatte der Vorstand von ISOR. Der Vorsitzende Horst Parton, der die Veranstaltung moderierte, konnte neben dem Vorstand Funktionäre und Mitglieder der ISOR aus der Region Berlin und Umgebung, Gäste aus der GBM, GRH und IGA sowie hochrangige ehemalige Repräsentanten der bewaffneten Organe der DDR begrüßen, darunter den letzten Chef der NVA Admiral Theodor Hoffmann, die Stellvertretenden Minister für Nationale Verteidigung, Generaloberst Horst Stechbarth, Generaloberst Wolfgang Reinholt und Generalleutnant Manfred Grätz, den Stellvertretenden Innenminister Generalleutnant Karl-Heinz Schmalfuß, die Stellvertretenden Minister für Staatssicherheit Generalleutnant Dr. Wolfgang Schwanitz (zuletzt Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit) und Generaloberst Werner Großmann sowie den Leiter der Zollverwaltung der DDR, Chefinspekteur Gerhard Stauch.

Die Veranstaltung verlief in einer angenehm sachlichen, von gegenseitigem Respekt geprägten Atmosphäre, bei der unterschiedliche Auffassungen nicht ausgespart wurden.

Einleitend und in Beantwortung von Fragen schilderte Dr. Diestel, dass die 174 Tage seines Wirkens als Stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister der DDR die abenteuerlichste und wichtigste Zeit seines Lebens war. Er sei an die zweite Stelle eines sich aufgebenden Staates gestellt worden und dafür dankbar, dass er mit der kompetenten und verlässlichen Hilfe der Fachleute aus den bewaffneten Organen der DDR in dieser schwierigen Periode einen friedlichen Verlauf, Ordnung und »Normalität« gewährleisten konnte.

Gegen den Widerstand der bewaffneten Organe der DDR – und insbesondere auch des MfS – hätte es keine friedliche Revolution oder Wiedervereinigung geben können. Die aus dem Volk der DDR hervorgegangenen bewaffneten Organe hätten sich bewusst dazu entschieden, nicht gegen den Mehrheitswillen des Volkes zu handeln. Niemand hätte eine »Noske-Rolle« übernehmen wollen.

Das war, wie Horst Parton zutreffend ergänzte, keineswegs nur ein Verdienst der Führungen der bewaffneten Organe der DDR,

sondern maßgeblich auch bestimmt vom verantwortungsvollen Verhalten der Waffenträger in den Bezirken und Kreisen der DDR.

Der Kalte Krieg sei, so hob Dr. Diestel hervor, auch nach 20 Jahren deutscher Einheit noch keineswegs beendet. Erkennbar seien sogar Zuspitzungen mit der Tendenz zu faschistoidem Denken. Von früh bis spät seien die Bürger der Macht und Verlogenheit von Medien ausgesetzt. Niemand würde mehr nachdenken. Eine im Fernsehen gezeigte Knebelkette hätte nichts mit der Bewertung der DDR zu tun und sei in ihrer Anwendung noch humaner als der derzeitige Einsatz von Kabelbindern zur Fesselung von Personen. In seiner Amtszeit hätte es Proteste von Häftlingen gegeben, die aus der Untersuchungshaft des MfS in andere Gefängnisse verlegt wurden und dabei Verschlechterungen ihrer Haftbedingungen in Kauf nehmen mussten. Ungeprüft würden Spekulationen über die angebliche Verstrahlung von MfS-Häftlingen verbreitet und Krebskrankungen darauf zurückgeführt. Im Rahmen von Strafprozessen sei dem MfS kein Mord nachgewiesen worden. Auch der Gartenschläger-Prozess, an dem er als Rechtsanwalt beteiligt gewesen sei, habe zum Freispruch der Angeklagten geführt. Die Aufklärung von Morden, die nach geltendem Recht nicht verjährten, sei Sache der Gerichte. Aber selbst, wenn einzelne Mitarbeiter des MfS gemordet oder Morde in Auftrag gegeben hätten, sei das kein Grund, dem MfS als Organ systematischen Mord zu unterstellen oder alle MfS-Angehörigen als Mörder zu stigmatisieren. Der liebe Gott habe die Strolche unter allen Menschen gleichmäßig verteilt. Strolche könne man in allen Berufsgruppen finden, also auch unter Politikern, Rechtsanwälten und Pfarrern.

Jede Gleichsetzung der DDR mit der Nazi-Diktatur sei nichts anderes als eine Abschwächung der faschistischen Tyrannie.

Gegen die Verleumdungen und Falschdarstellungen der Medien könne sich allerdings nur wehren, wer persönlich angegriffen werde. Rechtsnachfolger der bewaffneten Organe der DDR existieren nicht, niemand kann für sie gegen den »Schweinejournalismus« Klage erheben.

Dr. Diestel verteidigte den Rechtsstaat BRD als eine große Errungenschaft. Dieser funktioniere aber nicht konfliktfrei und sei politischer und lobbyistischer Einflussnahme ausgesetzt. Er bedauere, dass den Angehörigen der bewaffneten Organe nicht Dankbarkeit und Respekt für ihre Verdienste um den friedlichen Verlauf der

Wiedervereinigung entgegengebracht worden sei. Auf unappetitliche Weise seien rechtsstaatliche Prinzipien aufgegeben worden, um die Ausgrenzung dieses Personenkreises durchzusetzen. Die strafrechtliche Verfolgung wäre z. T. erst durch juristische Kunstgriffe (Uminterpretierung von Straftatbeständen, Verjährungsfristen, Radbruch-Formel) möglich geworden.

Einer seiner Mandanten sei 1960, also vor 50 Jahren für etwa vier Monate Mitarbeiter des MfS gewesen und danach wegen Nichteignung entlassen worden. Das reiche aus, um ihm heute noch das passive Wahlrecht für ein Kommunalparlament zu verweigern. Selbst verurteilte Mörder wären nach einer solchen Zeit wieder in Freiheit und ihre Strafe wäre längst getilgt. Dagegen breche das »Stasi-Unterlagen-Gesetz« mit fundamentalen rechtsstaatlichen Grundsätzen, speziell im Bereich der Verjährung.

Das Rentenstrafrecht bleibe auch in abgeschwächter Form Rentenstrafrecht. Er sei sicher, dass in absehbarer Zeit rechtsstaatliche Korrekturen erfolgen werden, allerdings wohl kaum, bevor der letzte Betroffene verstorben sei.

Die im März 1990 gewählte Volkskammer der DDR habe ihre Entscheidungen zum Rentenrecht unter dem Eindruck polemischer Auftritte mit Forderungen nach Rentenkürzungen getroffen. Dabei sei zwar nicht an eine nur vorübergehende Regelung, aber auch nicht an eine Verknüpfung von Rentenrecht und Strafrecht gedacht worden. Mit dem 03.10. 1990 sei kein einziger Sozialrechtskomplex in bundesdeutsches Recht übernommen worden, der auf Beschlüssen der Volkskammer fußt. Es sei eine juristische Vergewaltigung erfolgt. Rentenkürzungen wegen der Zugehörigkeit zu bestimmten Strukturen seien Ausdruck von geschürtem Hass und keinesfalls verfassungsgemäß.

Nicht in allem stimmten die Auffassungen der Teilnehmer der Veranstaltung mit denen von Dr. Diestel überein. Seiner Ansicht nach hätte das MfS durch Verzicht auf den Schutz noch unentdeckter, heute noch einflussreicher ehem. IM mehr Druck aufbauen müssen. Werner Großmann verwies auf die entsprechenden Verhandlungen, bei denen die BRD-Seite nicht bereit war, als Gegenleistung Straffreiheit zuzusichern. Horst Parton widersprach der These, ISOR habe sich die falschen Freunde gesucht und sich zu sehr auf die PDS/Linkspartei orientiert. ISOR sei stets bemüht gewesen, Gesprächspartner in allen demokratischen Parteien zu finden, war dabei aber nur in wenigen Fällen auf Bundes- und Länderebene erfolgreich. Dagegen habe die PDS/Linkspartei von Beginn an den Kampf gegen das Rentenstrafrecht unterstützt. Das schließt nicht aus, dass eine politische Profilierung der Partei DIE LINKE durch Distanzierung vom MfS und seinen IM für uns nach wie vor fragwürdig bleibt.

>>> Fortsetzung von Seite 2

Dr. Diestel und die Teilnehmer der Veranstaltung konnten in ihren Biografien nicht unterschiedlicher sein. So war nachvollziehbar, dass jemand, der in einem christlichen Elternhaus aufgewachsen ist, niemals Mitglied der FDJ war, dem in der DDR die Zulassung als Rechtsanwalt und eine anderweitige Karriere verweigert wurde, der in der NVA gleich drei Mal Gefreiter wurde, weil er zwei Mal wegen Undisziplinartheiten wieder degradiert worden war, sich in der DDR eingesperrt und eingeengt fühlte.

Die DDR habe sich Feinde gemacht, die keine sein wollten. Dieser an der eigenen Person demonstrierten Einschätzung von Dr. Diestel konnten die Veranstaltungsteilnehmer ebenso zustimmen, wie der Wertung von K.-H. Schmalfuß,

man würde sich mehr solcher »Taugenichtse« wie ihn wünschen.

Horst Parton dankte abschließend Rechtsanwalt Dr. Peter-Michael Diestel für seine offenen, anregenden und informativen Ausführungen und bezeichnete die Veranstaltung als eine Lehrstunde der Demokratie. Er versicherte allen Teilnehmern, dass ISOR den Kampf für die sozialen Rechte der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR und gegen das Strafrentensystem unablässiger weiterführen und nicht aufgeben wird.

¹⁾ Hannes Hoffmann

DIESTEL. Aus dem Leben eines Taugenichts?

Verlag Das Neue Berlin, 2010

ISBN 978-3-360-01998-1 / Preis: 16,95 Euro

Aus der Arbeit des Vorstandes:

Dr. Rainer Rothe informierte, dass die Verfahren zum § 6 (2), Ziffer 4 auf Aufforderung der Gerichte beendet werden. Zu allen anderen Personengruppen, die vom § 6 (2) diskriminiert werden, werden die Verfahren fortgesetzt.



Horst Parton berichtete über eine Beratung der an Verfahren zum § 6 (2) beteiligten Rechtsanwälte und Vertreter von Verbänden und Vereinen. ISOR beteiligt sich an den daraus resultierenden Aufgaben.



Dieter Wittstock berichtete über seine umfangreichen Aktivitäten und Kontakte im Landtag von Sachsen-Anhalt. Dabei ist es ihm gelungen, Gespräche mit Abgeordneten der CDU und SPD zu führen. ISOR ist in den meisten Solidargemeinschaften auf Kreisebene gegen Altersarmut aktiv und berät regelmäßig mit regionalen Gruppen des Bundeswehrverbandes, der GBM, GRH und des Rotfuchs-Fördervereins, organisiert bzw. unterstützt gemeinsame Veranstaltungen. Trotz einer die Austritte übersteigenden Neuaufnahme von Mitgliedern würden die Mitgliederstärken durch Sterbefälle weiter reduziert. Der Zusammenhalt der Mitglieder werde weiter durch gemeinsame Unternehmungen (Reisen, Veranstaltungen) gestärkt.

Das Urteil zum § 6 (2) habe besorgte Stimmen verstärkt, führe aber bisher nicht dazu, dass sich Mitglieder von ISOR abwenden und unseren Kampf aufgeben.

Diese Einschätzung wurde von anderen Landesbeauftragten bestätigt.



Aus unseren TIG

Der erweiterte Vorstand der TIG **Quedlinburg** hat sich in seiner letzten Sitzung intensiv mit dem skandalösen Beschluss des BVerfG vom 6. Juli 2010 zum § 6 Abs. 2 AAÜG beschäftigt.

Skandalös ist das Urteil für uns insbesondere deshalb, weil die Beibehaltung der Rentenkürzung mit »Parteilichkeit und Systemnähe« begründet wird. Dadurch ist unser politischer und juristischer Kampf für die Beseitigung des Rentenstrafrechts im Sinne des § 7 AAÜG zumindest nicht leichter geworden.

Der Vorstand ist einhellig der Meinung »Panik machen gilt nicht« und vertraut weiter voll der Strategie des ISOR-Vorstandes in Berlin und der RA-Kanzlei Bleiberg hinsichtlich der weiteren politischen und juristischen Aktivitäten.

Davon ausgehend beschloss der Vorstand uns nicht in unserer Arbeit an spekulativen Diskussionen und Vorhersagen zu beteiligen. Dies ist nicht zuletzt auch unter Berücksichtigung der Tatsache zu sehen, dass ein nicht geringer Teil unserer Mitglieder nicht mehr vom Rentenstrafrecht betroffen ist. Außerdem ist es in der gegenwärtigen Situation geboten, bei den Betroffenen möglichst keinen Pessimismus zu erzeugen.

Vielmehr werden wir uns gerade wegen des schändlichen Urteils zum § 6 Abs. 2 AAÜG noch intensiver auf die in unserem Jahresplan festgelegten Aufgaben konzentrieren und das tun, was wir ausgehend von der Vertreterversammlung, als TIG selbst beeinflussen und verändern können. An erster Stelle steht dabei die Aufrechterhaltung der weiteren Existenz und möglichst Stärkung unserer TIG. Wir haben deshalb beschlossen den für die Gewinnung neuer

Mitglieder erfolgreich begonnenen Weg fortzuführen und zur Sache aller zu machen.

In der nächsten Mitgliederversammlung wird die Mitgliedergewinnung neben der Stellungnahme zum BVerfG-Urteil vom 6. Juli diesen Jahres entsprechend thematisiert. Wir werden uns von dem eingeschlagenen Weg nicht abbringen und verwirren lassen. Zudem werden wir eine Information für alle Mitglieder erarbeiten, um sie mit Argumenten hinsichtlich des alle ehemaligen DDR-Bürger betroffenen Rentenrechts, auszustatten. Dies soll nicht nur der Gewinnung neuer Mitglieder dienen, sondern auch die Mitglieder in die Lage versetzen, jeglichen Bestreben von ISOR gegen allgemeinen Sozialabbau und für Rentengerechtigkeit zu unterstützen. Wir wollen das auch für die weitere kameradschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Sozialverbänden und der Linkspartei nutzen, aber auch als Grundlage für Veranstaltungen und Gespräche mit Bundestags- und Landtagsabgeordneten anderer Parteien.

Heinz Tischner



Das zehnte Altmarktreffen ist Geschichte. Zu ihm konnten die 121 Anwesenden aus den fünf TIG der **Altmark** am 11.09.2010 wieder viele Gäste begrüßen, so z.B. 10 Mitglieder der TIG **Wolmirstedt**. Weiterhin Vertreter der Bundespolizeigewerkschaft – Seniorenpolitische Verband Stendal, der GRH TAG Stendal, der Kameradschaft Salzwedel des Bundeswehrverbandes, des Kreisseniorenrates Salzwedel. Neben dem Beiratsmitglied unserer Initiativgemeinschaft, war auch wiederum das Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt Hans-Jörg Krause (Fraktion DIE LINKE) anwesend.

Nicht unerwähnt bleiben dürfen einzelne Mitglieder aus anderen TIG, die einmal in der Altmark gedient haben. So u.a. aus Berlin und Perleberg.

Aufmerksam verfolgten die Anwesenden die Ausführungen des stellvertretenden Vorsitzenden von ISOR, Prof. Dr. Horst Bischoff, zur Situation im Kampf zur Beseitigung des Rentenstrafrechts sowie zum Stand der Bearbeitung unserer Petition im Bundestag. Die Anwesenden waren sich einig, den Kampf fortzusetzen, wobei die Beitragsbemessungsgrenze das Ziel ist.

Nach dem Treffen ist vor dem Treffen, so wurde das 11. Treffen auf den 13.05.2011 festgelegt.

Helmut Stefan, TIG Stendal



Im September 2010 standen für die Mitglieder der TIG **Rügen** gleich zwei Höhepunkte ins Haus.

>>>Fortsetzung auf Seite 4

>>> Fortsetzung von Seite 3

Am 11.09. fand eine Mitgliederversammlung statt, auf der eine Übersicht über die gegenwärtige Lage in Hinblick auf das Urteil des Verfassungsgerichts der zu § 6 AAÜG Betroffenen gegeben wurde. Dennoch waren sich alle Mitglieder einig, dass wir unseren Kampf entschlossen forsetzen wollen und unserem Vorstand in Berlin weiterhin unser volles Vertrauen schenken.

Am 24.09. fand unter der Veranstaltungsleitung der Regionalgruppe Nördliches Vorpommern des Rotfuchs-Fördervereins e.V. und Unterstützung der Partei DIE LINKE, ISOR Rügen und der Ortsgruppe Prora der Volkssolidarität e.V. ein Treffen mit Varona Rodriguez, Kulturattaché der Botschaft der Republik Kuba in der BRD, statt. Das Interesse war überwältigend, Varona Rodriguez sprach u.a. über die gegenwärtige Lage in Kuba, das anhaltende Embargo durch die USA und der anderen kapitalistischen Staaten, und er hob die Solidarität der DDR hervor. Es wurde deutlich, welchen schweren Weg Kuba gehen muss, um die sozialistischen Errungenschaften zu erhalten.

Manfred Pietschmann



Den Vorteil nutzend, dass sich die TIG aus Berlin auf einem überschaubaren Territorium befinden, lud der Berliner Landesbeauftragte Gerhard Dylla ihre Vorsitzenden und die Berliner Beiratsmitglieder nun schon zum wiederholten Male zu einem Erfahrungsaustausch ein.

Ausgehend von der gemeinsamen Entschließung der Vertreterversammlung vom 6./7. November des Vorjahres und einer einleitenden kurzen und treffenden Analyse der Arbeit in der momentanen Situation wurde dann sehr konstruktiv zu den Bereichen der Mitgliederbewegung, der Arbeit in den TIG sowie zur juristischen und politischen Situation und sich daraus ergebenden Anforderungen beraten, Erfahrungen und auch Problemlösungen genannt. Im Mittelpunkt standen vielfältige Gedanken zur Werbung neuer Mitglieder, einer gut organisierten Mitgliederpflege und der Erhaltung und Festigung bestehender Strukturen als die wichtigsten Voraussetzungen für die Organisierung des weiteren Kampfes. Der Alterungsprozess und die damit einhergehenden gesundheitlichen Probleme stellen unsere TIG vor vielfältige Aufgaben, so z.B. persönliche Gespräche mit Mitgliedern zur unentwegten Suche nach »Mitmachern«, individuelle Betreuungen oder der jeweiligen **ISOR aktuell** beigefügte Informationen zu Fragen der eigenen TIG und viele andere Details kamen zur Sprache.

Auch das noch rationellere Zusammenwirken zwischen ISOR-Vorstand, Geschäftsstelle und TIG wurde angesprochen. All diese mühevolle Kleinarbeit muss allein einem Ziel dienen, unserem Sozialverein die Kraft zu verleihen, den

Kampf zur völligen Beseitigung des Rentenstrafrechts durchzustehen. Insofern war dieser Erfahrungsaustausch ganz gewiss ein Gewinn für alle Beteiligten und brachte genügend Erkenntnisse, die in einem langfristigen Arbeitsplan zusammengefasst werden.

Helmut Holfert, Beiratsmitglied



Standpunkt des Vorstandes und der Betreuer der TIG Schwerin zum Beschluss des BVerfG vom 06. Juli 2010.

Der Vorstand unserer TIG Schwerin hat mit Befremden und teilweise Unverständnis den Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes vom 06. Juli 2010 bezüglich der Rentenhöhe für ehemalige Minister der DDR und deren Stellvertreter nach § 6 (2) Nr. 4 A AÜG zur Kenntnis nehmen müssen.

Die fragwürdigen juristischen Begründungen mit Selbstprivilegierung und Besoldung für Systemtreue empören uns und wir weisen die teilweise provokanten und vernunftswidrigen Behauptungen energisch zurück. Das Bundesverfassungsgericht hat mit diesem Beschluss seine juristische Hauptaufgabe, die Einhaltung des Grundgesetzes und seinen Schutz vor Missbrauch zu gewährleisten, leider infrage gestellt.

Vorausgegangene Entscheidungen des BVerfG in den Jahren 1999 und 2004 zur Verfassungswidrigkeit von Festlegungen des Gesetzgebers bezüglich des AAÜG hatten Hoffnungen auf eine weitere positive Entscheidung erwartet lassen. Leider haben die Richter des BVerfG diese unsere Erwartungen mit dem Beschluss vom 06. Juli 2010 nicht erfüllt und sich in nicht nachvollziehbare politische Gefilde begeben.

Der Vorstand unterstützt einmütig die Stellungnahme des ISOR-Vorstandes lt. **ISOR aktuell** Nr.9 / 2010 zur Wertung des BVerfG-Beschlusses und der Weiterführung des juristischen Kampfes zur Beseitigung der Strafrenten. Auf der Beratung des Vorstandes mit den Betreuern unserer TIG am 02. September wurde über den Beschluss des BVerfG informiert, diskutiert und eigene Aktivitäten herausgearbeitet.

Somit konzentrieren wir uns für den kommenden Zeitraum auf :

- > die Festigung unserer Gemeinschaft durch individuelle Gespräche mit den Mitgliedern und Veranstaltungen,
- > um den Kampf für unser Hauptziel – Beseitigung des Rentenstrafrechtes – weiterzuführen;
- > die Kompensierung der Mitgliederzahl unserer TIG bei natürlichen Abgängen durch Gewinnung neuer Mitglieder in gemeinsamer Arbeit mit dem Vorstand, den Betreuern und insbesondere den Mitgliedern;
- > die Ausweitung und Intensivierung der Zusammenarbeit mit allen Parteien, Verbänden und Vereinen der Stadt Schwerin, die ebenfalls für unsere Ziele eintreten.

Der Vorstand von ISOR e.V. hat weiterhin unser volles Vertrauen und wir werden gemeinsam

mit all unserer Kräften und Möglichkeiten den Kampf bis zu einer juristischen höchstrichterlichen Entscheidung weiterführen.

Trotz alledem!

Lothar Voigt, Manfred Jonischkies



20 Mitglieder der TIG Neustrelitz besuchten die Ausstellung des Ruth-Werner-Vereins.

In Carwitz, einem kleinen Dorf in der Feldberger Seenlandschaft, dort, wo Ruth Werner viele Sommer erlebte und an ihren Büchern schrieb, ist auf Initiative der Basisorganisation Feldberg der Partei DIE LINKE zu Ehren der Kundschafterin und Schriftstellerin eine Dauerausstellung gestaltet worden.

Am 10. Todestag der außergewöhnlichen Persönlichkeit, am 07. Juli 2010 wurde ein gemeinnütziger Verein gegründet, der sich zum Ziel die Förderung von Kunst und Kultur, Bildung und Erziehung gesetzt hat. Dabei ging es besonders darum, durch Auf- und Ausbau einer Dauerausstellung das Leben und Werk Ruth Werners breiteren Kreisen bekannt zu machen. Am 14. August wurde im »Scheunenladen« in Carwitz, direkt an der Dorfstraße gelegen, unter großer Beteiligung die Ausstellung eröffnet. Am 15. September besuchten 20 Mitglieder der TIG, teilweise in Begleitung ihrer Ehepartner, die Ausstellung in Carwitz und konnten sich von dem gelungenen Vorhaben des Vereins überzeugen. Wir wurden durch den Vorstand begrüßt und die stellvertretende Vorsitzende sprach einführende Worte über die Bedeutung und den regen, vielseitigen Zuspruch, den die Ausstellung bereits gefunden hat. Im »Scheunenladen«, einem Raum in der Größe von ca. 60 qm, mit einer großen Fensterfront, direkt an der Dorfstraße in Carwitz, ist auf sieben Tafeln in Text und Bild Leben und Werk Ruth Werners dargestellt. Von jedem der von ihr geschriebenen Bücher ist mindestens ein Exemplar ausgelegt. Zeitungsartikel, Photos und persönliche Erinnerungen, zum Beispiel aus einem Brigadetagebuch, geben Aufschluss über das Wirken Ruth Werners. Auf einer Weltkarte sind die Wirkungsstätten der Kundschafterin markiert und die Tätigkeit in den jeweiligen Standorten beschrieben. An der Stirnseite des Raumes hängt ein von Prof. Gabriele Meyer-Dennewitz gestiftetes Porträt von Ruth Werner. Ihr Sohn Peter Bourton hat aus dem Familienarchiv Dokumente für die Ausstellung zur Verfügung gestellt.

Auf diesbezügliche Anfragen wurde mitgeteilt, dass der Verein allen Interessierten offen steht. Jeder ist herzlich willkommen.

Beeindruckt von der von dem Verein geschaffenen Gedenkstätte wurde folgender Text ins Gästebuch geschrieben: »Eine sehr gelungene Ausstellung, die umfassend das Leben von Ruth Werner darstellt. Wir bekunden unsere Hochachtung für diese mutige Kundschafterin für den Frieden, erfolgreiche Schriftstellerin und warmherzige Mutter«.

Wolfgang Schiller

Bei anderen gelesen:**Tatbestand Staatsnähe**

Sie haben Recht gesprochen. Bundesdeutsches Recht. Die Richter des BVerfG erklärten mit Beschluss vom 06.07.2010 die Rentenkürzung von »Staatsnahen der DDR« für rechtens. Mit dem Grundgesetz konform. Nicht mit der Verfassung, denn die gibt es in diesem Staate nicht. Das Urteil ist politisch, ein Klassenurteil. Kein juristisches. Eine juristische Begründung sucht man vergebens. Selbstprivileg und Weisungsrecht gegenüber dem Sicherheitsorgan des eigenen Landes sind schwache, widerlegte oder unterstellte Argumente. Im Recht zählen Tatsachen.

Bleibt der Vorwurf der »Staatsnähe« – und deren Honorierung beim Einkommen, angeblich leistungsunabhängig. Welcher Staat lässt Staatsferne für sich arbeiten? Selbst vom kleinsten bundesdeutschen Beamten wird Loyalität gegenüber seinem Staate erwartet. Sie ist ausdrücklich zu prüfen. Dafür wird er vom Staate sozial und rechtlich bis zum Tode honoriert und abgesichert. Weitgehend unabhängig von der Leistung.

Für die DDR soll das nicht gelten. Auch der höchste Staatsfunktionär der DDR hatte bei hoher Verantwortung vergleichsweise zum Durchschnitt der Arbeiter und Angestellten, ganz zu schweigen zum BRD-Politikereinkommen, ein bescheidenes Salär.

Aber das interessiert natürlich die höchsten Richter in diesem Lande nicht. Sie vollstrecken den Willen ihres Systems. Und das rechnet seit zwei Jahrzehnten mit den »bösen Kommunisten« ab. Mit Strafverfolgung, mit Berufsverbot, mit Überwachung, Diskriminierung und mit sozialer Abstrafung, wozu auch die Rentenkürzung gehört. Was politisch gewollt, wurde und wird juristisch sanktioniert. Mit politischen Argumenten. Als bekäme es damit eine höhere Weihe. Unsere Würde gebietet es, den juristischen und politischen Kampf weiter zu führen. In diesem Staate und darüber hinaus. Ohne Illusionen, aber in der Überzeugung, ehrenhaft um unser Recht gekämpft zu haben – im »Rechtsstaat BRD«.

(Hans Bauer)

Quelle: grh Mitteilungen Nr. 9/10-2010

Veranstaltungen:**Herbsttreffen in Liepe**

Die GBM lädt zum Herbsttreffen am 7. November 2010 in Liepe bei Oderberg im Oderbruch ein. Das Programm wird gestaltet von Dieter Dehm, Mitglied des Deutschen Bundestages, Fraktion der LINKEN, und Michael Lenz sowie der Schauspielerin Ursula Karusseit. Sie liest aus ihrem Buch »Wege übers Land und durch die Zeiten«. Es besteht die Möglichkeit, das Binnenschiffahrtmuseum Oderberg zu besichtigen, eine Wanderung oder eine Ortsführung zu unternehmen.

Für die Teilnahme am Treffen einschließlich Mittagessen und Kaffeetrinken sind im Bus 18,- Euro zu entrichten. Die Sonderbusse fahren um 9.00 Uhr ab Berlin-Ostbahnhof, Ecke Andreasstraße. Weitere Informationen: Gisbert Graff, Winklerstraße 9, 12623 Berlin, Tel. 587715, E-Mail: gisbert.graff@t-online.de



Am 22. und 23. Januar 2011, jeweils um 15.00 Uhr, finden die Januarkonzerte des Ernst-Busch-Chores Berlin unter der Losung »Seid stark und traut auf eure Kraft« im Russischen Haus der Wissenschaft und Kultur statt.
Kartenbestellungen im Russischen Haus unter Tel.: 030 / 203 023 20 oder beim Ernst-Busch-Chor, Tel.: 030 / 54 80 18 42 (Frau Bohnau)

Von Mitglied zu Mitglied:

Vermietete gemütl. Fewo im Ostseebad Koserow / Usedom ganzjährig für 2 P./NR, frei ab 20. Okt., Preis bis 30. April 2011: 30 Euro / Ü. ohne NK – Tel. 038377 40091

Auf dem Büchermarkt:

Horst Schneider

Unter dem Dach der Kirche. »Bürgerrechter in der DDR

Verlag Wiljo Heinen Berlin 2010

ISBN 978 – 3 – 939828 – 59 – 4

Preis: 6 Euro

www.gutes-lesen.de

Prof. Dr. Horst Schneider stellt Biographien von zwanzig Persönlichkeiten vor, die als Bürgerrechter aus der DDR gelten. Er hinterfragt den Zufall, dass sie sich zumeist unter dem Dach der Kirchen gesammelt hatten. Von besonderem Interesse sind die den biographischen Grunddaten jeweils beigefügten weiterführenden Literaturhinweise zur Person und für sie typische programmatische Äußerungen (Zitat mit exakten Quellenangaben) sowie der jeweilige Versuch einer summarischen politisch wertenden Anmerkung.

Bemerkenswert die einführende Wortmeldung im gegenwärtigen »Glaubenskrieg« um die staatlich verordnete Begriffshoheit, was denn die DDR nun wirklich gewesen sei (Rechts- oder Unrechtsstaat, ganz, teilweise oder gar nicht Diktatur, »ehemalig« oder quicklebendig) und wie man denn nun benennen soll, was 1989/90 abgelaufen ist (friedliche Revolution, Konterrevolution, Wende, das Wunder von Leipzig, Wiedervereinigung, Anschluss, Beitritt, der Mantel der Geschichte, der uns da gestreift hat oder was).

Danke dem Autor und Dank an den Verlag für die volkstümliche Preisgestaltung.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 29.09.2010

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 27.10.2010

Einstellung im Internet: 05.11.2010

Auslieferung: 11.11.2010

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. – Postfach 700423 – 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden 1. und 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr